



Ausgabe Nr. 100 · März 2012

## Mobil sein und bleiben

### Mehr Intelligenz und Vielfalt von Verkehrsmitteln

Unsere moderne Gesellschaft ist in hohem Maße mobil. Auf diese Mobilität wollen und können wir nicht verzichten. Beim „nicht wollen“ mag der weit entfernte und doch rasch zu erreichende Urlaubsort im Vordergrund stehen. Beim „nicht können“ sind es vor allem mannigfaltige wirtschaftliche Gründe, die dagegen sprechen, dass etwa der Austausch von Gütern zwischen A und B mit Pferdewägen vonstatten geht.

Letzteres Transportmittel wäre zweifelsfrei ökologisch und würde deshalb in die Neuzeit der Energiewende passen. Dass das aber keine Alternative zu schnellen, großen und leistungsstarken Verkehrsmitteln sein kann, liegt auf der Hand. Dennoch: Die Zukunft der umweltfreundlichen Mobilität liegt nicht in einem entweder oder, sondern in der Kombination aus intelligenten und aufeinander abgestimmten Verkehrsträgern. Diesen Umstand thematisiert die CDU-Fraktion stets, nicht zuletzt, indem sie auf konkrete Lösungsansätze hinweist, die für zukunftsorientierte Mobilität stehen. Nur zwei Beispiele: Das so genannte Rail-Cab-System als eine neuartige Verbindung zwischen Individual- und öffentlichem Nahverkehr, das derzeit in Paderborn getestet wird und vielleicht für das neue Rosensteinviertel nicht uninteressant ist. Oder die EU-Initiative „Intelligente Städte und Gemeinschaften“, die für Stuttgart von Bedeutung sein könnte, um dem von der CDU propagierten Ziel, „E-Mobility-City“ zu werden, näher zu kommen.

Es gibt deren viele Entwicklungschancen. Wichtig ist, dass Stuttgart sie nutzt. Dabei geht es auch um Kooperation sowie um effektives benchmarking – deutschland- und europaweit. Die Stadtwerke Aachen etwa sind am Aufbau eines dichten Versorgungsnetzes für Elektromobilität beteiligt, auch am Test einer Schnellladestation. In Stuttgart sind Tankstellen, die neue Energieträger anbieten, ebenfalls ein Thema.

## KURZ INFORMIERT

### Kehrgleis für U12 in Hofen?

**- Ursula Pfau und Dieter Wahl haben klare Forderungen -**

Im Zuge einer Gemeinderatsvorlage im März vergangenen Jahres und einer Präsentation im vergangenen Sommer im Ausschuss für Umwelt und Technik durch die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) hat der Gemeinderat nochmals die Möglichkeit erhalten, sich mit dem Thema Verlängerung der U12 ins Neckartal bis Remseck und der dadurch bedingten Verkürzung der U14 bis zur Haltestelle Hofen, intensiv auseinanderzusetzen.



Stadträte  
Ursula Pfau und Dieter Wahl

„Die Verbindung der U12 über den Hallschlag ins Neckartal bis Remseck sehen wir als eine gelungene Verbesserung des ÖPNV an“, sagen die Stadträte Ursula Pfau und Dieter Wahl. Denn damit

würden neue Bereiche der Stadt miteinander verknüpft und eine schnellere Verbindung vom Neckartal in die Innenstadt geschaffen werden. Einziger Wermutstropfen bei den Planungen der SSB sei die Verkürzung der U14 bis zur Haltestelle Hofen und die Planung eines Kehrgleises an dieser Haltestelle.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 wurden Mittel für die Planung eines Kreisverkehrs in Mühlhausen, an der Haltestelle Mühlhausen, eingestellt. Diese Planungen ermöglichen auch die Einrichtung eines Kehrgleises in Mühlhausen.

Die beiden Stadträte haben in diesem Kontext beantragt, dass die SSB Stellung zu nachfolgenden Punkten nimmt:

1. Die SSB stellt zusätzlich die Möglichkeit des Baus eines Kehrgleises in Mühlhausen im Zusammenhang mit den Planungen des Kreisverkehrs in Mühlhausen dar;
2. Kann die Verlängerung der U14 bis Mühlhausen durch die Zeitgewinne auf der zukünftig nicht mehr so belasteten Strecke der U14 ermöglicht werden, sodass kein zusätzlicher Zug eingesetzt werden müsste?

Ursula Pfau und Dieter Wahl: „Verbindliche Grundlage für alle weiteren Planungen in diesem Bereich ist für uns, dass die Haltestelle Wagrainäcker zukünftig der Erschließung für das Neubaugebiet Mittlere Wohlfahrt dienen wird, weshalb sie erhalten bleiben muss - und dass aufgrund der Tatsache, dass die Buslinie 54 die einzige ÖPNV-Verbindung ist, die den gesamten Stadtbezirk Mühlhausen mit seinen 5 Stadtteilen verbindet, auch diese erhalten bleiben muss.“

## NeckarPark –

### weniger Wohnungsbau, mehr Gewerbe

Die CDU-Fraktion hat sich gegen die weitere Planung umfangreichen Wohnungsbaus im NeckarPark ausgesprochen. Zum einen würde der vom Veranstaltungsbereich ausgehende Lärm die potenziellen Bewohner stark belasten. Zum anderen besteht die Gefahr, dass durch rechtliche Schritte die Veranstaltungen mit erheblichen Einschränkungen belegt werden. Denn die Auswirkungen von Verkehrs-, Freizeit- und Sportlärm in diesem in Süddeutschland einmaligen Veranstaltungsareal würden das Wohnen dort mehr zur Last als zur Freude machen.

In der Stadt stehen zwischenzeitlich andere, für das Wohnen gut geeignete Flächen zur Verfügung und für das besagte Gebiet gibt es alternative Nutzungsmöglichkeiten. So suchen Betriebe nach wie vor innerstädtische Gewerbeflächen. Interessant wäre beispielsweise das, was früher unter dem Begriff Handwerkerhöfe firmierte und heute als Unternehmens-Cluster bezeichnet wird – also Synergien erzeugende Betriebe in Zukunftsbranchen.

## Neue Anträge der CDU

- **Wohnungsbau im NeckarPark reduzieren**  
28.02.12 Nr. 61/2012
- **Müllentsorgung im Schlossgarten**  
27.02.12 Nr. 60/2012
- **Schlossgarten – in Sinne der Bürger**  
27.02.12 Nr. 59/2012
- **GPS in der Notfallrettung**  
20.02.12 Nr. 53/2012
- **Telemetrische Übertragung im Rettungsdienst**  
20.02.12 Nr. 54/2012
- **Eisvergnügen auf Max-Eyth-See?**  
17.02.12 Nr. 50/2012
- **Kehrgleis für U 14 in Hofen?**  
15.02.12 Nr. 46/2012
- **LBBW-Wohnungsverkauf**  
14.02.12 Nr. 41/2012
- **Kulturregion**  
mit Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP  
13.02.12 Nr. 39/2012
- **Kita in Degerloch**  
10.02.12 Nr. 35/2012
- **Zusätzliche Kulturförderung**  
mit Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Freie Wähler, FDP  
10.02.12 Nr. 36/2012

## Kübelesrennen



Starkes Team (v.l.): Dr. Klaus Nopper, Beate Bulle-Schmid, Joachim Rudolf, Fabian Mayer

Die CDU-Fraktion hat erfolgreich am Cannstatter Kübelesrennen teilgenommen. Bei der Fasnet in Bad Cannstatt schlug das Team der CDU-Stadträte das der Grünen um Längen. Joachim Rudolf schob das Kübele mit Beate Bulle-Schmid routiniert durch den Parcours, während Dr. Klaus

Nopper als Tafelträger hilfreich zur Seite stand. Mit Coach Fabian Mayer war das Team perfekt gegen die Angriffe der Grünen gewappnet, denen es trotz unsportlichen Verhaltens nicht gelang, das starke CDU-Team zu schlagen. "Wir sehen das als gutes Omen für die bevorstehende OB-Wahl im Oktober", waren sich die CDU-Stadträte einig.

## LBBW-Wohnungen

### Grün-Rot opfert Mieterschutz in Stuttgart

„Verloren haben mit dem Verkauf der rund 21.500 Wohnungen an das börsennotierte Immobilienunternehmen Patrizia mittelfristig die betroffenen 60.000 Mieter“, sagt Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz. Nach nur fünf Jahren kann der Investor nahezu frei über den Wohnungsbestand verfügen, dann ist die Bindung an die Sozialcharta der LBBW abgelaufen. Anders hätte es ausgesehen, wenn das Baden-Württemberg Konsortium unter der Beteiligung der Stadt Stuttgart den Zuschlag erhalten hätte, enthielt das Angebot doch weit über die geforderte Sozialcharta hinausgehende soziale Zugeständnisse und Selbstverpflichtungen.

Zu hinterfragen ist bei diesem Vorgang die Rolle des LBBW-Aufsichtsrats. Dies zumal dieses Gremium von einem nicht unbedeutenden Anteil an hochrangigen SPD- und Grünen-Politikern besetzt ist. Denn die Entscheidung ist auch vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrags umso unverständlicher, in dem noch vollmundig unter der Überschrift LBBW-Immobilien steht: „Wichtig ist uns ... der soziale Schutz der Mieter ...“.

Das Baden-Württemberg Konsortium hat unter der aktiven Mitwirkung des Ersten Bürgermeisters ein sehr gutes Angebot gemacht, gerade auch mit Blick auf den Mieterschutz. Den Dank möchte die CDU-Fraktion an die GWG sowie die weiteren Kommunen richten, die sich mit der Stadt Stuttgart gemeinsam auf den Weg gemacht hatten, weiter auch in preiswerten Wohnraum zu investieren.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Joachim Rudolf, stellt fest: „Keinesfalls zwangsläufig ist für uns, dass sich die Stadt nun mit zehn Prozent an dem Konsortium der Patrizia AG beteiligt. Um hierüber beraten zu können, müssten wir erst einmal das genaue Geschäftsmodell des Unternehmens für die LBBW Immobilien kennen“.